

Niederschrift

über die XVI/16. Sitzung vom **Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus am 28.02.2024** im Bürgerhaus, Hauptstraße 30 (öffentliche Sitzung)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend waren:

Mitglieder CDU

Gerd Baumeister	sachkundiger Bürger	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Werner Zeyen	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Oliver Hahn	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Markus Glietz	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Sebastian Weiss	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr

Mitglieder Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Gerhard Bartel	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Dagmar Keller-Bartel	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Eric Jens Renneberg	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Ulrike Beate Sandmann	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr

Mitglieder SPD

Manfred Meiger	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Hans Schlömer	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr

Osman Yusuf	sachkundiger Bürger	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
-------------	---------------------	-------------------------

Mitglieder FDP

Siegfried Ludwig	sachkundiger Bürger	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
------------------	---------------------	-------------------------

Von der Verwaltung

Christoph Nicodemus	Bürgermeister	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
---------------------	---------------	-------------------------

Sandra Partsch	Verwaltungsangestellte	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
----------------	------------------------	-------------------------

Thorsten Steinwartz	Erster Beigeordneter	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
---------------------	----------------------	-------------------------

Markus Funke	Verwaltungsangestellte	17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
--------------	------------------------	-------------------------

Johann Klug	Verwaltungsangestellte	17:00 Uhr bis 18:30 Uhr
-------------	------------------------	-------------------------

A 1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Fr. Keller-Bartel begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Mitglieder form- und fristgerecht eingeladen wurden. Herr Steinwartz entschuldigt die neue Stabstellenleiterin Frau Haas, da sie sich zurzeit im Urlaub befindet, der schon vor ihrem Dienstantritt in Overath gebucht war.

A 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

Herr Steinwartz entschuldigt sich, dass das Protokoll der letzten Sitzung vom 22.11.23 nicht fristgerecht vorliegt. Es wird schnellstmöglich intern abgestimmt und anschließend an Frau Keller-Bartel zur Freigabe weitergeleitet. Zum nächsten ZUMT am 05.06.2024 wird es zur Freigabe vorliegen

A 3. InHK Overath: Hof- und Fassadenprogramm, VerfügungsfondsXVI/1178

Bereits im November wurde die Maßnahme „Gestaltungsleitfaden Innenstadt“ aus dem Förderprogramm InHK präsentiert. Dieser Baustein und das Fassaden-Hofprogramm wurden zeitgleich beauftragt und sind inhaltlich miteinander verknüpft.

Frau Boddenberg vom Büro Dr. Janssen stellt ihr Büro, das „Haus- und Fassadenprogramm“ und den „Verfügungsfond“ anhand einer Präsentation dar.

Herr Steinwartz ergänzt, dass das angesprochene Stadteilmanagement ebenfalls ein bewilligter Baustein des InHK ist. Dieser wurde bereits ausgeschrieben, konnte aber aufgrund von keinen Bewerbern nicht vergeben werden. Dieser Baustein wird auch Bestandteil des für April vorgesehenen Gespräches mit der Bezirksregierung Köln sein, bei dem es gilt die gesamten Sachstände es InHK abzustimmen und den Programmantrag für das nächste Programmjahr zu festzulegen.

Auf Frage von Herrn Baumeister wird erläutert, dass es sich bei privaten Investoren auf der Ebene des Hof- und Fassadenprogramms um private Eigentümer, also demjenigen dem ein Objekt gehört, handelt und bei dem Verfügungsfonds ist es „Jedermann“ sowie z.B. Vereine, soziale Einrichtungen, Kirchengemeinde etc.. Die Stadt bzw. städtische Einrichtungen dürfen keine Anträge stellen.

Gemäß Bewilligungsbescheid für das Programmjahr 2022 sind für die Umsetzung des Hof- und Fassadenprogramms Gesamtkosten von 200.000 € vorgesehen (Förderung 70%, Eigenanteil Stadt 30%). Die Maßnahme „Hof- und Fassadenprogramm“ soll somit ca. 20 Objekte mit maximal 10.000 € fördern. Der Verfügungsfond hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

Der Wirkungsraum des Verfügungsfonds umfasst das gesamte InHK-Gebiet, das Hof- und Fassadenprogramm den Einzelhandelsbereich mit den Ortsein- und ausgängen

Herr Bartel möchte wissen, wie der zeitliche Ablauf ist. Herr Steinwartz erklärt, nachdem die derzeitige Abstimmung der Richtlinienentwürfe abgeschlossen ist, wird es eine Beschlussfassung in diesem Ausschuss geben, voraussichtlich am 05.06.2024, anschließend eine Öffentlichkeitsbeteiligung.

Unter der Öffentlichkeitsbeteiligung ist zu verstehen, dass es eine Vorstellung des Programms zur Information und Motivation gibt, mit dem Gestaltungsleitfaden im Hintergrund, um darzustellen was geht. Es ist ein Angebot für Bürger Zuschüsse zu bekommen, für ehrenamtliches Engagement und für die Aufwertung der Häuser.

Der Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

A 4. MobilCharta5 - aktueller Sachstand XVI/1176

Herr Klug, Projektleiter des Projekts MobilCharta5, stellt das Forschungsprojekt, mit dem aktuellen Stand der Dinge und der Aussicht, vor.

Der Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

A 5. Beauftragung der Planung einer Kommunalen Wärmeplanung für das Stadtgebiet XVI/1175

Im letzten Jahr haben Kommunen im Versorgungsgebiet der AggerEnergie einen Letter of Intent unterschrieben, u.a. auch die Stadt Overath, um in Kooperation mit der AggerEnergie eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Die AggerEnergie hat einen Förderantrag beim Projektträger ZUG für die 90% Förderung der Maßnahme gestellt, welcher auch genehmigt wurde. Im Vorfeld wurde bereits durch die AggerEnergie ein Wärmeatlas für die Kommune erstellt.

Somit kann formal die Ausschreibung angegangen werden. Aufgrund der besonderen Bedeutung dieses Projektes, auch wenn der Eigenanteil nur 4000,- € beträgt, möchte die Stadt es in diesem Ausschuss nochmal als Maßnahmenbeschluss vorlegen.

Herr Schlömer fragt nach, ob die Stadt den Sachstand der Wärmeplanung bekannt geben muss, damit die Handwerkerschaft dementsprechend darauf reagieren kann. Er bittet dies zu prüfen.

Herr Schlömer bittet darum in der Ausschreibung festzulegen, dass die Planung einen nicht allzu langen Zeitraum umfasst, damit zeitnah mit der Umsetzung angefangen, bzw. dementsprechend gehandelt werden kann. Als Beispiel ist Bergisch Gladbach angeführt, die in 2 Jahren fertig sein möchten.

Herr Nicodemus hofft den gesetzlichen Rahmen zur Fertigstellung mit Ziel 2028 zu unterschreiten und dass das Ergebnis zeitnah fertig ist. Es ist für den Bürger wichtig dementsprechend handeln zu können, denn er ist der Meinung, dass die veränderte Infrastruktur sich mittelfristig auch auf die Gaspreise auswirken wird, wenn die Bezieher von Gas für Gasheizung abnehmen. Dementsprechend ist es sinnvoll, es mit dem Energieversorger, welcher die Grundversorgung sichert, durchzuführen, Dieser verfügt über einen Überblick über das Versorgungsnetz.

Der Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus beschließt, dass die Verwaltung die Vergabe zur Beauftragung der Planung einer Kommunalen Wärmeplanung für das Stadtgebiet, vorbehaltlich des positiven Förderbescheides und der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, durchführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

**A 6. Lärmaktionsplanung gem. § 47d BImSchG (Bundes-Immissionsschutzgesetz) -
Runde 4 (Öffentlichkeitsbeteiligung - Phase 2) XVI/1174**

Herr Steinwartz gibt einen Zwischenstandbericht. Entsprechend der Beschlussfassung des Ausschusses für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus vom 22.11.2023 wurde die im Verfahren gemäß § 47d Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) zur Aufstellung der Lärmaktionsplanung der Runde 4 für die Stadt Overath vorgesehene Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Aus der allgemeinen Öffentlichkeit wurden keine Anregungen oder Änderungswünsche vorgetragen. Die von den Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Hinweise wurden dokumentiert und abgewogen. Positiv abgewogene Hinweise flossen in den Lärmaktionsplan ein.

Es folgt nun die zweite Phase der Mitwirkung der Öffentlichkeit gem. § 47 d Abs. 3 BImSchG und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Herr Renneberg erwartet von einem Lärmaktionsplan, dass man in Aktion tritt und nicht immer wieder in die nächste Stufe überträgt. Er merkt positiv an, dass der Lärmschutz von der A4 mit aufgenommen wurde, nur leider nicht auf der kompletten betroffenen Länge.

Herr Bartel kritisiert, dass Rückmeldungen seitens Landesbetrieb Straßen NRW und der Autobahn GmbH noch nicht erfolgt sind und sieht das nicht für tragbar. Er erkundigt sich, welche Möglichkeiten es gibt, diese öffentliche-rechtliche Einrichtungen zeitnah zu Antworten zu bringen. Er stellt zur Diskussion in den Raum, ob es die Möglichkeit gibt, eine Untätigkeitsklage gegen diese öffentlichen Einrichtungen anzustrengen.

Antwort zum Protokoll: Untätigkeitsklagen im formellen Sinne sind gemäß § 75 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) nur im Zusammenhang mit einem Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes zulässig.

Die Autobahn GmbH hat die Rückmeldung gegeben, diesen Zustand abzuschaffen und zeitnaher Rückmeldungen zu geben.

Auf Rückfrage der Fraktionen wird Herr Steinwartz mit dem beauftragten Büro besprechen, welchen qualitativen Charakter dieser Lärmaktionsplan hat. Die Frage ist, ob die Endfassung von dem Charakter ist, das daraus ableitbar ist, dass der jeweilig Zuständige diese dort beschriebene Maßnahme durchführen muss, oder hat der Lärmaktionsplan einen empfehlenden Charakter.

Antwort zum Protokoll:

Wenn die Einzelfallprüfung für straßenverkehrsrechtliche Anordnungen innerhalb des LAP durchgeführt wird, dann ist der LAP in der Abwägung verbindlich zu berücksichtigen.

Bei eigenen städtischen Maßnahmen ist der LAP grundsätzlich verbindlich. Die Stadt müsste dann begründen, weshalb sie bestimmte Maßnahmen noch nicht umgesetzt hat (z. B. Haushaltsgründe, personelle Kapazitäten etc.).

Bei fremden Straßenbaulastträgern hat die Stadt nur eine steuernde Funktion; sie kann also lediglich darauf hinwirken, die Umsetzung von Maßnahmen zu befördern.

Herr Renneberg fragt nach, ob, wie im letzten ZUMT angedacht, ein Lärmmessgerät bereits angeschafft wurde. Herr Nicodemus möchte, wenn der Haushalt 2024 beschlossen ist, die Bestellung eines Messgerätes der Kategorie II in Angriff nehmen. Er sieht eine Anschaffung für sinnvoll an.

- 1. Der Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus nimmt die vorgebrachten Stellungnahmen im Anhang zum Entwurf des Lärmaktionsplans, 4. Runde zur Kenntnis.**
- 2. Der Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus wird über die öffentliche Auslegung des Lärmaktionsplans, 4. Runde, Phase 2 gemäß § 47d Abs. 3 BImSchG und die gleichzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange informiert.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 7. Gemeinsamer Antrag CDU, B90/Die Grünen, FDP: Radweg Gut Eichthal XVI/1179

Herr Bartel erläutert, dass eine Ergänzung einer Radwegeverbindung von der Siegburger Straße B 484 über den südlichen Rand der Parkanlage bis zur südlichen Fußgängerbrücke über die Agger hinüber zur Ortschaft Broich deshalb wünschenswert ist, weil zurzeit eine Verbindung aus den südlich von Overath gelegenen Wohngebieten und daraus resultierenden Schülerverkehre zum Schulzentrum nur eingeschränkt vorhanden ist. Die Erreichbarkeit des Schulzentrums ist nur im Hin-Verkehr über die Brücke und über die Gleise der RB 25 im Einbahnstraßenverkehr, wenn auch nicht ganz ungefährlich, möglich. Zurück jedoch können Fahrrad fahrende Schüler und sonstige Fahrradfahrer nicht über die Brücke fahren, da Einbahnstraße, sondern müssen ganz außen herum über das vielbefahrene und stark mit Autoverkehr belastete, und gerade für Fahrradfahrer wesentlich gefährlichere, Ortszentrum von Overath zurückfahren.

Dieser Fahrradweg wurde bereits von der Radgruppe der Bürgerwerkstatt Tourismus empfohlen und könnte darüber hinaus eine attraktivere Routenführung des Agger-Sülz-Radweges, weg von der stark mit Autoverkehr belasteten B 484, hinein ins Grüne und in die Aggerauen, darstellen.

Herr Steinwartz ergänzt, dass es sich um eine landschaftsrechtliche Angelegenheit handelt, welche mit der unteren Landschaftsbehörde zu prüfen ist. Es wurde intern geprüft, ob es möglich ist, den „Trampelpfad“, welcher südlich am Landschaftspark Gut Eichthal vorbei in Richtung Fußgängerbrücke nach Broich geht, baulich so herzurichten,

wie die übrigen Wege im Landschaftspark Gut Eichthal, um einen Lückenschluss zu installieren. Es kommen grob geschätzte Kosten von ca. 43.000,-€ netto, inkl. Beschilderung und Umlaufsperrung an der bestehenden Fußgängerbrücke, zusammen.

Es wird gebeten, in diesem Zusammenhang auch mögliche Fördermittel zu prüfen.

Der Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 8. Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW - Höhe des Aggerdamms XVI/1180

Bei diesem Damm bzw. dem Hochufer (im Bereich des neuen Tafelgebäudes) handelt es sich um die einzige klassifizierte Hochwasserschutzanlage im Stadtgebiet. Diese Einstufung zieht bestimmte rechtliche Verpflichtungen nach sich, u. a. die Erstellung eines sogenannten Statusberichtes an die Aufsichtsbehörde. Der Statusbericht wurde 2022/2023 erstellt. Seit kurzem liegt der dazu gehörige Prüfvermerk der Bezirksregierung Köln als Oberer Wasserbehörde (OWB) vor. Die Auswertung desselben ist noch nicht abgeschlossen; weitere Gespräche mit der OWB stehen noch aus. Nach diesem Gespräch wird es konkretere Maßnahmen zur Umsetzung geben.

Kernaussagen ist „Hochwasserschutzanlage ohne gravierende Mängel, aber es muss nachgebessert werden“. Wobei „Nachbessern“ noch nicht näher von der Prüfbehörde definiert wurde. Hier wird es einen Austausch geben, mit der oberen Wasserbehörde der Bezirksregierung Köln.

Der geforderte Freibord von 50 cm darüber weist der Damm auf seiner gesamten Länge auf, teilweise auch 90 cm. Im Bereich des Hochufers gibt es einen Abschnitt der 20-30 cm Freibord hat, dort ist es sinnvoll noch anzuheben, aber erst soll die konkrete Abstimmung über sinnvolle Maßnahmen mit der Bezirksregierung erfolgen. Der Deichverteidigungsweg soll gemäß dem Bebauungsplan auf 5m Breite aufgeweitet und ausgebessert werden. Hier ist die Abstimmung mit der oberen Wasserbehörde bereits erfolgt.

Es wird über die Nutzung des Messpegels HQ100 (derzeitige planungsrechtliche Grundlage) und Hochschutzmaßnahmen auf der anderen Aggerseite ausgiebig diskutiert. Herr Steinwartz stellt klar, dass es keine Äußerungen bezüglich HQ100 oder neuer Grenzen von der Bezirksregierung und dem Ministerium gibt. Es wird eine Gesamtbetrachtung benötigt, es können nicht einzelne Punkte als Maßnahme herausgenommen werden.

Herr Nicodemus stellt klar, dass es nicht darum geht ob Maßnahmen ergriffen werden, sondern wie diese aussehen sollen. Dies geht nur in Absprache mit der Bezirksregierung bzw. der oberen Wasserbehörde. Man musste erst abwarten, bis der Aggerverband Abflussmodelle erstellt hat, welche aber jetzt vorliegen. Egal welche

Maßnahme, es wird immer ein Niederschlags-/Abflussmodell benötigt, um berechnen zu können, was die einzelnen Maßnahmen für Auswirkungen haben, z.B. wie sich dadurch Fließgeschwindigkeiten verändern.

Herr Funke stellt klar, dass es sich um eine Verwallung handelt und keine rechtliche Wasserschutzanlage.

Herr Meiger bittet zu recherchieren, welche konkreten Maßnahme vor 8-10 Jahren geplant waren, um den Damm/Wall auf der anderen Seite der Agger im südlichen Bereich zu verlängern.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

A 9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen XVI/1173

Frau Sandmann ergänzt zum Antrag, dass sie mit der zuständigen Sachbearbeiterin aus der Klimaschutzabteilung der Stadt Tübingen Kontakt aufgenommen hat. Diese berichtet das Tübingen weiterhin die Steuern erhebt, wie sie es auch schon seit Jahren machen. Auch gibt es dort auch keine Planungen, falls das Bundesverfassungsgericht anders entscheidet. Die Stadt Tübingen geht davon aus, dass diese Steuer einzuziehen gesetzeskonform ist.

Frau Sandmann wünscht sich das die diesbezüglichen Steuereinnahmen die Stadt Overath für Informationsmaßnahmen im Rahmen von Nutzung von Einweg-/Mehrweggeschirr bzw. Verpackungsalternativen für Bürger/ Bürgerinnen und Gewerbetreibenden verwendet wird.

Herr Hahn schlägt vor, aufgrund des momentan anhängigen Verfahrens den Vorgang zurück zu stellen, denn es ist in seinen Augen nicht zielführend, falls diese Steuer doch als nicht verfassungsgemäß deklariert würde.

Dies entspricht auch einer Empfehlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes an alle Mitgliedskommunen, insbesondere zur Vermeidung von unnötigen Sach- und Personalaufwand.

Der Antrag wird einstimmig zurückgestellt, bis das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. Dann wird es erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

A 10. Antrag CDU-Fraktion Synthetischer Diesel HVO100 XVI/1171

Herr Hahn findet, dass die Ausführung/Ausarbeitung/Vorlage der Verwaltung, welche sich inhaltlich mit dem Antrag auseinandersetzt, deutlich macht, dass der Antrag der CDU seine Berechtigung hat. Er geht auf einzelne Punkte aus der Ausarbeitung ein und macht nochmals deutlich, dass bei bestimmten Fahrzeugen eine Lücke verbleibt, die

nicht auf Elektro umgestellt werden können und für diese Fahrzeuge diese Eigenverbrauchstankstelle gedacht ist. Er berichtet, dass die Firma Deutz im Februar eine eigene Tankstelle auf dem Firmengelände für ihre Flotte installiert hat. Er bittet, dass die weiteren durchzuführenden Prüfungen sukzessive stattfinden und im weiteren Verfahrensgang hier im Ausschuss informiert wird, um dann abschließend darüber entscheiden zu können.

Herr Schlömer stimmt im Namen der SPD dem Antrag zu. Es wird vorgeschlagen, auf längere Sicht auch die Feuerwehrfahrzeuge umzustellen und bittet dies ebenfalls zu prüfen.

Er bittet auch zu prüfen, ob in Kooperation mit der LKW Tankstelle der Firma Reicherts im Gewerbegebiet Hammermühle die entsprechende HVO100 Tankstelle erstellt werden kann. Es könnte Kostenersparnisse bringen und es liegt in der Nähe vom Bauhof. Oder ob man generell noch Kooperationspartner zur Errichtung dieser Tankstellen finden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Prüfungsschritte einzuleiten, um zu klären, ob die ausschließliche Nutzung des synthetischen Diesels für die Stadt Overath in Frage kommt.

Die Verwaltung wird beauftragt die Kosten-Nutzung-Bilanzierung im Rat vorzustellen, sobald dieses Prüfungsverfahren abgeschlossen ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Overath summt!" XVI/1172

Herr Renneberg erläutert den Antrag „Overath summt“ der Grünen.

Herrn Schlömer ist noch nicht klar, wieviel es kostet und was man dafür bekommt, d.h. wie hoch der Nutzen ist. Ebenfalls stellt er in Frage, ob es einfach ist, für dieses Projekt Sponsoren zu finden.

Herr Hahn stimmt im Namen der CDU generell zu, dass dieses Thema sehr ernst zu nehmen ist, stellt sich aber die Frage, ob der Beitritt ins Netzwerk die Lösung ist, um dieses Ziel zu erreichen, oder ob man über ein eigenes Projekt zielgerichteter ans Ziel kommt. Die Fraktion möchte eine Einschätzung der Verwaltung bzw. fragen ob es noch vorab Prüfungsschritte bedarf, wie z.B. den personellen und finanziellen Aufwand betreffend.

Frau Sandmann stellt anhand der Homepage von „Deutschland summt“ die Leistungen und Unterstützungen, welche man durch eine Mitgliedschaft erhält, dar.

Herr Funke gibt eine Sachstandsübersicht über die von der Stadt Overath in den letzten Jahren bezüglich Wildblumenwiesen getätigten Aktionen. Die Kosten für Saatgut belaufen sie auf ca. 2000,- € pro Jahr. Die extremen Wetterbedingungen (extreme Hitze/starker Regen) haben die Pflege vor starken Herausforderungen gestellt.

Herrn Renneberg geht es darum, eine insektenfreundliche Stadt zu etablieren und dass dies von Allen (Bürger/Bürgerinnen, Gewerbe, etc.) gemeinsam gelebt wird. Herr

Renneberg schlägt vor, dass die Verwaltung einen Vertreter des Netzwerkes zwecks Austausch einlädt und der Vertreter anschließend in den Ausschuss eingeladen wird, damit die Politik sich ebenfalls ein Bild machen kann.

Frau Sandmann ergänzt, dass auf der Homepage der Ablauf einer Kontaktaufnahme und Beitritt erklärt ist.

Die SPD stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Herr Nicodemus ist der Meinung, dass die Stadt in diesem Bereich sehr gut aufgestellt ist und lernen muss, dies auch entsprechend zu kommunizieren.

Herr Meiger macht nochmal deutlich, dass die Umsetzung zusätzlicher Personalkapazitäten in der Verwaltung bedarf.

Der Antrag wird in die Verwaltung aufgenommen und die Verwaltung wird einen Vertreter von „Deutschland summt“ einladen, um sich mit ihm auszutauschen, um dann im Anschluss im Ausschuss diesbezüglich zu berichten, so dass dann eine Entscheidung getroffen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Stelle Radwegemanagement XVI/1177

Herr Steinwartz berichtet, dass der Förderung entgegensteht, dass nur freiwillige Maßnahmen gefördert werden. Die im Haushalt 2024 zusätzlich beschlossene 1,0 Gärtner-/Baumpflegerstelle ist einer konkreten Fallzahlsteigerung geschuldet. Das Programm zielt auf eine projektbezogene Stelle ab. Die mögliche Förderung der gerade geschaffenen Gärtnerstelle wird somit nicht gesehen.

Herr Funke berichtet über die zusätzlichen Aufgaben, die der Anforderung dieser neuen Stelle zugrunde liegen. Es ist begründet in klimabedingten Änderungen bei den Bäumen, mehr Baumschäden, mehr Baumkontrollen und auch mehr Baumpflege.

Herr Schlömer ist der Meinung, dass diese Stelle in einem der Ämter fest verankert sein sollte. Es macht nur Sinn, wenn die Verwaltung als Ganzes Radwegemanagement betreibt und dies auch stärker priorisiert und zu steuert. Es macht in seinen Augen keinen Sinn, eine Stelle zu schaffen und nichts wird umgesetzt, weil es keine Mehrheit, kein Geld, keine Kapazität etc. dafür gibt. Falls es diese Stelle nicht eingerichtet wird, ist der Appell das Radwegemanagement in der Verwaltung weiter voran zu treiben und es weiter zu optimieren.

Frau Keller-Bartel erläutert, dass es nicht darum geht neue Konzepte zu erstellen, sondern darum, die seit Jahren bereits vorgeschlagene Radwege/Konzepte aus den Bürgerwerkstätten zu kreieren, benennen bzw. zu titulieren. Dies scheitert zurzeit daran, dass es in der Verwaltung keine Personalkapazität für die Aufgabe der Prüfung und Umsetzung der Konzepte gibt.

Es wird über die Definition des Aufgabengebietes bzw. Rolle eines Radwegemanagers diskutiert.

Herr Schlömer sieht die Politik in der Pflicht, die Umsetzung der Radwege zu priorisieren, damit sie auch gebaut und vorliegende Konzepte umgesetzt werden. Es muss anschließend mit der Verwaltung geprüft werden, was geht und was nicht, um auch einen Plan zu haben, wie man weiter vorgeht. Herr Schlömer sieht die politische Aufgabe der Fraktionen darin, zusammen mit der Verwaltung zu sorgen das umzusetzen, was politisch gewünscht ist.

Herr Funke stellt an Beispielen und Maßnahmen klar, dass das Thema Radwege für die Stadtverwaltung Overath ein sehr zentrales und sehr umfassendes Thema ist. Es liegen viele Planungen in der „Schublade“, aber die angespannte Personal- und Geldsituation beim Kreis, StraßenNRW und im Bauhof lassen die Umsetzung stocken.

Herr Nicodemus erklärt, dass die Stadtverwaltung Overath letztendlich die Planung und technische Umsetzung der Maßnahmen für Landesbetrieb StraßenNRW übernimmt, wenn überhaupt etwas passieren soll, denn auch dort mangelt es an entsprechendem Personal. Es handelt sich hier um ein generelles Problem, denn noch nicht mal das Land NRW hat die benötigten Techniker, um alle Maßnahmen auf ihren Straßen durchzuführen.

Herr Funke erläutert kurz, dass die Stadt Overath zwar die Kosten für die Umsetzung der übernommenen Maßnahmen erstattet bekommt, aber keinerlei Unterstützung seitens StraßenNRW.

Frau Keller-Bartel zieht den Antrag zurück

A 13. Mitteilungen, Anfragen

Herr Renneberg fragt nach dem Sachstand bei der LED Umrüstung der Straßenbeleuchtung. Herr Steinwartz bestätigt, dass zurzeit alles im Zeitplan ist. Der Förderantrag ist durch das Ingenieur-Büro Skeide vorbereitet worden.

Herr Schlömer berichtet aus der Bürgerwerkstatt Umwelt und Klimaschutz, dass sie beim Overather Frühling im April zusammen mit OSaft und der Energiegenossenschaft an einem Stand sein werden. In diesem Hinblick werden die Flyer aktualisiert.

Herr Meiger erkundigt sich, warum eine Linde auf der „Alten Mucher Straße“ gefällt wurde und wann mit einer Ersatzbepflanzung zu rechnen ist. Herr Funke berichtet, dass der Baum unheilbar krank war und nach Erstellung eines Gutachtens von einem unabhängigen vereidigten Sachverständigen gefällt werden musste. (Gutachten beigelegt)

Es wird gefragt, wer für die Begutachtung der Bäume am Aldi-Parkplatz bei der Brücke zuständig ist, da beim letzten Sturm dort ein Baum auf das Brückengeländer und Straße gestürzt ist. Herr Funke erläutert, dass es sich dort um ein Privatgrundstück der Firma Aldi handelt und diese auch für den Zustand der Bäume verantwortlich sind. Wenn die Stadt einen Verdacht hat, dass so ein Baum schadhaft ist und Gefahr im Verzug ist,

kann nur über das Ordnungsamt agiert werden. Es wird nachgefragt, ob Aldi aufgefordert wurde, die weiteren Bäume zu prüfen. Herr Funke kann dazu keine Auskunft geben und fragt beim Grünmeister nach.

Herr Renneberg berichtet aus der Bürgerwerkstatt Tourismus, dass Herr Nicodemus seine Teilnahme am morgigen Treffen der Bürgerwerkstatt zugesagt hat und dass dann nochmal alle Punkte einzelnen durchgegangen und besprochen werden, wie bereits für letztes Jahr geplant war. Er ist zuversichtlich, dass sie auf alles antworten bekommen werden.

Herr Bartel berichtet aus der Bürgerwerkstatt Mobilität, dass sie schon länger nicht mehr getagt haben und es schwer fällt, die Leute weiter zu mobilisieren, da auf Vorschläge, welche an die Stadtverwaltung herangetragen wurden, noch keine Rückantworten erfolgt sind. Aus diesem Grund macht es keinen Sinn, sich zurzeit zu treffen.

(Dagmar Keller-Bartel)
Vorsitzende/r

(Name)
Schriftführer/in